doch keinesfalls verkennen lassen, daß die russische Beteiligung für die Gegner der Abrüstung eine Erschwerung ihrer hinterhältigen Machenschaften bedeutet, vor allem deshalb, weil nunmehr den Franzosen und ihren schutzbefohlenen Staaten, Polen, Tschecho-Slowakei und Rumänien, der Vorwand genommen wird, den sie bisher immer ausgiebig benutzten, daß ihnen die Abrüstung wegen der Nichtbeteiligung Rußlands unmöglich sei. Die Londoner und die Pariser Presse ist sich über diese Wirkung der russischen Gastrolle in Genf völlig klar und bemüht sich deshalb mit allen Kräften, an den Erklärungen Litwinows kein gutes Haar zu lassen, sondern sie nach allen Regeln der Kunst zu zerzausen und lächerlich zu machen: Sie seien ein „schlechter Scherz", bestimmt „für primitiv denkende Geister"; sie muteten „grotesk" an. Ein besonders bemerkenswertes Argument gibt ein Pariser Blatt zum besten, indem es den Abrüstungsplänen der Russen die Ernsthaftigkeit abspricht, weil Rußland selbst ein zu starkes Heer besitze, als daß sein Abrüstungsvorschlag glaubhaft erscheinen könnte. Hm! Wie steht es denn mit Frankreich, das nicht nur das schlagfertigste und mächtigste Heer der Gegenwart hat, sondern das in seiner Gesamtheit durch das neue Wehrgesetz in ein großes Kriegslager schon im Frieden verwandelt worden ist? Demnach darf man also auch den Franzosen bei ihren Abrüstungsbeteuerungen nicht über den Weg trauen? Spottet seiner selbst und weiß nicht, wie!

Es wird der Verbandspresse nicht gelingen, den unleugbar starken Eindruck, den das russische Auftreten in Genf gemacht, durch billige Witzeleien, die den Aerger verdecken sollen, aus der Welt der Tatsachen auszumerzen. Das von Litwinow entwickelte Programm enthält nicht bloß unerfüllbare radikale Propagandaforderungen, sondern auch eine ganze Reihe von diskutablen Vorschlägen, an denen eine von dem Ernste ihrer Aufgabe durchdrungene Abrüstungskonferenz, auch wenn sie nur vorbereitenden Charakter hat, nicht vorbeigehen kann, ohne sich dem Vorwurfe auszusetzen, daß sie nur ein Spiel treibt, dazu bestimmt, der Welt Sand in die Augen zu streuen über das eigentliche letzte Ziel, das darin besteht, der Abrüstung durch endlose Verschleppung den Garaus zu machen. Der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, ist bereits nachdrücklich bestrebt gewesen, derartigen Quertreibereien ein Paroli zu bieten, indem er in einem an den Vorsitzenden des Ausschusses gerichteten Schreiben und in seiner einleitenden Rede betonte, daß der vorbereitende Abrüstungsausschuß, nachdem er über ein halbes Jahr seine Tätigkeit habe ruhen lassen, jetzt endlich seine Arbeiten ernsthaft fortsetzen müsse, um zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Auf welcher Linie ein solches Ergebnis zu erzielen ist, zeigt die deutsche Formel: „Abrüstung zuerst und durch Abrüstung allgemeine Friedenssicherheit." Frankreich aber will das Gegenteil: Zuerst eine solche Stärkung der Sicherheitsgarantien, daß kein einziger Staat mehr irgend etwas zu befürchten hat, und dann die Abrüstung. Da ein so idealer Sicherheitszustand überhaupt nicht zu verwirklichen ist, so bedeutet die französische These nichts anderes als eine Verschiebung der Abrüstung auf Nimmerwiedersehen. Frankreich will der Sicherheitskommission die Vorherrschaft übertragen und hinter ihr die Abrüstungskommission allmählich im Nebel verschwinden lassen. Deutschland dagegen verlangt, daß zunächst einmal auf der Grundlage der heute bereits gegebenen Sicherheit und unter weiterem Ausbau der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit ein wirklicher Schritt nach vorwärts auf der Bahn der Rüstungsbeschränkung nach Artikel 8 der Völkerbundssatzung getan wird, ohne Rücksicht auf den Fortgang der Sicherheitsverhandlungen. Wenn die Russen in diesem Punkte die deutschen Bestrebungen unterstützen, so wird die russische Hilfe uns sehr willkommen sein.

Marx wird Braun antworten.

Warum Braun seinen Drohbrief schrieb.

Ein Rechtfertigungsversuch der preußischen Regierung.

Berlin, 1. Dez. Von preußischer zuständiger Stelle wird in der Angelegenheit des Keudell-Telegramms an die Berliner Studentenschaft erklärt, daß das Schreiben des Ministerpräsidenten Braun darauf zurückzuführen sei, daß der Reichsinnenminister im Gegensatz zur preußischen Regierung (?) sich nicht an den verfassungsmäßig gegebenen Weg gehalten habe, der für die Behandlung einer sachlichen Differenz zwischen Reich und Preußen vorgesehen sei. Weder im Reichsrat noch im Reichskabinett, noch auch im preußischen Kabinett sei durch den Reichsinnenminister seine abweichende Stellungnahme in der Frage des Studentenrechts bekanntgegeben worden, obgleich der Reichsinnenminister die zuständige Stelle des Reiches sei, die an sich in dieser Frage hätte Stellung nehmen müssen. Um so mehr hätte es Preußen verletzt, daß der Reichsinnenminister in einer Frage, in der der preußische Kultusminister sich für die Festigung der Staatsautorität und Staatspolitik eingesetzt habe, gegen den Kultusminister Stellung genommen habe. Das Reichsinnenministerium sei diejenige Stelle, die verfassungsmäßig dafür zu sorgen habe, daß die Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern gepflegt und eng gestaltet werde. Es sei nach Ansicht der preußischen Regierung nicht angängig, das größte Land im Deutschen Reiche zu brüskieren.

Von zuständiger Reichsstelle wird zu dieser Erklärung der preußischen Seite Stellung genommen werden, sobald auch die zuständigen Stellen des Reiches sich mit der preußischen Erklärung befaßt haben werden. **Bereits jetzt wird jedoch darauf hingewiesen, daß eine Zuspitzung der Meinungsdifferenz zwischen Reich und Preußen weder im innerpolitischen, noch im außenpolitischen Interesse Deutschlands liege.**

*

Berlin, 1. Dezember. Das Schreiben, das vom Ministerpräsidenten Braun wegen des Keudell-Telegramms an den Reichskanzler gerichtet worden ist, wird laut „Germania" voraussichtlich vom Reichskanzler auf schriftlichem Wege beantwortet werden. Wenn etwa Zweifel auftauchen, so bemerkt das Blatt weiter, ob das preußische Kabinett geschlossen hinter dem Schreiben Brauns steht, so kann glaubwürdig mitgeteilt werden, daß der Brief auf **eine einmütige Willenskundgebung des Kabinetts zurückgeht.**

Von preußischer Seite wird ergänzend mitgeteilt, daß für den Brief des Ministerpräsidenten Braun verfassungsmäßig dieser selbst verantwortlich stehe, daß aber auch die gesamte preußische Staatsregierung den Brief gutgeheißen habe.

Sitzung des Reichsrats.

Berlin, 1. Dez. Der Reichsrat hielt am Donnerstagnachmittag unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers v. Keudell eine Vollsitzung ab, in der aber nur kleinere Vorlagen zur Erledigung kamen. Eingegangen ist der neue Etat für 1928, der den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen wurde. Berichterstatter über den Etat ist der preußische Ministerialdirektor Dr. Brecht.

Das diplomatische Korps beim Reichspräsidenten.

Berlin, 1. Dez. Der Reichspräsident gab am Donnerstagabend zu Ehren des diplomatischen Korps ein Essen, an dem die Chefs der hiesigen fremden Missionen, sowie der Reichskanzler, der Reichsminister des Auswärtigen und andere mit ihren Damen teilnahmen.

Guérard Vorsitzender des Zentrums-Fraktionsvorstandes.

Berlin, 1. Dez. Wie die T.-U. erfährt, ist in der heutigen Fraktionssitzung des Zentrums der Reichstagsabgeordnete Guérard, der bisher nur provisorisch den Vorsitz des Fraktionsvorstandes inne hatte, endgültig zum Vorsitzenden gewählt worden. Zum 2. Vorsitzenden wurde an Stelle des Abg. Stegerwald endgültig der Abg. Persius gewählt.

Seit dem Tode Fehrenbachs war der Vorsitz der Zentrumsfraktion nur provisorisch besetzt.

Stresemanns Dank an Schurman.

Eine Steuben-Feier in Berlin.

Berlin, 1. Dezember. Bei der heutigen Steuben-Gedenkfeier der Vereinigung Karl Schurz bemerkte man u. a. die Nachkommen der Familie Steuben, den amerikanischen Botschaftsrat Pool, den früheren Reichsminister Schiffer, Unterstaatssekretär a. D. v. d. Busche-Haddenhausen, Senatspräsident a. D. Fischer. **Reichstagsabgeordneter Erkelenz** begrüßte die Anwesenden und verlas die zahlreichen Glückwunsch-Telegramme, die u. a. von der Steuben-Gesellschaft Neuyork und zahlreichen gleichgesinnten Organisationen eingegangen waren. Nach einigen Rezitationen und einem vom Chor der Siemens-Werke vorgetragenen Liede ergriff

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er zunächst die Verdienste Steubens würdigte. Er kennzeichnete Steuben als den Träger der Empfindung, die den damaligen Preußenkönig, die die gebildeten Schichten seines Landes beseelte und die sich in derer Haltung gegenüber dem Unabhängigkeitskampf der amerikanischen Kolonien äußerte. **Es sei ein Ehrenmal in der Geschichte Preußens, daß es als erste kontinentale Macht die amerikanische Souveränität anerkannt habe. Ein weiteres Ehrenzeichen sei es für den großen Preußenkönig, daß er ein Durchmarschverbot für die zur Bekämpfung der amerikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen geworbenen Söldner durch preußisches Gebiet erlassen habe.** Für den ungewöhnlichen Weitblick Friedrichs des Großen zeuge auch die Tatsache, daß er den ersten Handelsvertrag mit den amerikanischen Kolonien abgeschlossen habe und zwar nicht etwa aus materiellem Interesse — denn was konnten diese jungen Kolonien dem preußischen Staate damals bieten? —, sondern aus der Erkenntnis der Bedeutung, die der Preußenkönig dem großen Freiheitskampfe beilegte, da er seine zukunftweisenden Wege erkannte.

Dr. Stresemann gab dann seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß in diesen Tagen **das Denkmal Friedrichs des Großen wieder in Washington aufgestellt worden sei** und schilderte im Anschluß daran die Empfindungen, die ihn im Jahre 1912 bewegt hätten, als er anläßlich der Tagung des internationalen Handelskammerkongresses in Boston dieses Denkmal besucht habe. Dr. Stresemann betonte, die Größe eines Menschen sei nicht abhängig von seiner Nationalität, sondern davon, ob er als Mensch seines Volkes auch Verständnis für die großen Ideen außerhalb seines Landes habe. Steuben habe das beste Denkmal in den Herzen der Armee, die mit ihm focht, erhalten. Von der damaligen Zeit führe der Blick weiter zu dem Gedanken des Anteils deutschen Volkstums an dem Aufbau der amerikanischen Nation.

Weitere Ausführungen, so betonte Dr. Stresemann, erübrigten sich nach den außerordentlich herzlichen und verständnisvollen Worten des amerikanischen Botschafters Schurman. **Man könne Herrn Schurman, dessen Freund zu sein er sich zur besonderen Ehre anrechne, nicht dankbar genug sein für dieses warme Bekenntnis der Verbundenheit zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke.** An Hand eines persönlichen Erlebnisses schilderte Dr. Stresemann das tiefe Verständnis des amerikanischen Botschafters für deutsches Wesen und meinte, daß es um Deutschland gut bestellt wäre, wenn jeder Deutsche sein Deutschtum so empfände, **wie Botschafter Schurman. Wie tief Botschafter Schurman** deutsches Wesen erfaßt habe, zeige seine wundervolle Würdigung des Reichspräsidenten v. Hindenburg, den er mit Washington verglichen habe.

Abschließend stellte Dr. Stresemann fest, daß die amerikanische Union mit ihrem einstigen Gegner England nach den damaligen Freiheitskriegen nun schon seit 1½ Jahrhundert in ununterbrochen friedlichen Beziehungen lebe. Er schöpfe daraus die Hoffnung, daß auch andere große Staaten, die sich im Weltkriege aufs erbittertste bekämpft hätten, in dauernden friedlichen Beziehungen leben und sich in gemeinsamer Arbeit zur Förderung der allgemeinen Ideale der Menschheit zusammenfinden würden. Besonders begrüßte es Dr. Stresemann, daß der neuernannte deutsche Botschafter für Nordamerika, Dr. v. Prittwitz und Gaffron, seine erste sozusagen offizielle Handlung, wenn auch nur in der alten Heimat, bei dieser Gelegenheit vornehmen und sie der Bekundung deutsch-amerikanischer Verständigung und Freundschaft widmen könne. Wenn sich diese gemeinsame Zusammenarbeit auch weiterhin praktisch zum Nutzen der beiden Völker auswirke, so würde man damit dem Geiste und dem Wirken Steubens am besten gerecht werden.

Nach der Ansprache Dr. Stresemanns hielt **Professor Dr. Schreiber** von der Yale-Universität die Festrede. Er charakterisierte in Aufzählung der Taten Steubens diesen als Abkömmling eines großen Volkes und Staates, als einen Mann, der der Welt das Muster eines gewissenhaften Staatsdieners geliefert habe; den Amerikanern gebühre es, sich einem großen Volke dankbar zu erweisen, das ihm in einem seiner Söhne ein so treffliches Beispiel an die Hand gegeben habe, an dem Amerika seine Jugend zum Gehorsam und zur Pflicht erziehen könne.

Der amerikanische **Botschaftsrat Pool** betonte in seiner Ansprache, daß die Steuben-Feier in Amerika die Hochschätzung Amerikas für das Land zum Ausdruck bringe, aus dem so viele seiner wertvollsten Bürger stammten. Er verlas darauf einige markante Stellen aus der Rede, die Botschafter Schurman in Amerika aus dem gleichen Anlaß gehalten hat.

Nicht nur Lobreden auf Deutschland, auch Taten!

Borah für Rückgabe des Eigentums. — Die Schmach von Versailles.

Neuyork, 1. Dez. **Bei der Steubenfeier in Baltimore wandte sich Senator Borah dagegen, daß das beschlagnahmte deutsche Eigentum immer noch nicht zurückgegeben worden sei. Gerade Steubens Vaterland Preußen habe zuerst im Vertrag mit den Vereinigten Staaten die Achtung des Privatrechts anerkannt. Die Zeit sei jetzt gekommen, wo die Vereinigten Staaten verpflichtet seien, gegenüber den früheren Besitzern des beschlagnahmten Eigentums Gerechtigkeit zu üben.**

Senator Borah bezeichnete ferner die Entwaffnungsklauseln im Versailler Vertrag als **die gemeinste Bestimmung**, die jemals ein Friedensvertrag enthalten hätte. **In einer Zeit, wo die anderen Nationen am Wettrüsten seien, sei Deutschland die Nation, die in Genf den Kampf für den Frieden führe.**

Die Wirtschaftsdebatte im Reichstag.

Zu der Frage der Einwirkung der Betriebsrationalisierung auf die Löhne, erklärte Minister Braun, er habe stets entschieden dafür Sorge getragen,

daß auch die Arbeiterschaft aus der Rationalisierung einen Nutzen ziehe,

entweder durch Steigerung der Nominallöhne oder durch Preissenkung. Natürlich sei die Auffassung, ob diese Beteiligung der Arbeiter an dem Ergebnis der Rationalisierung in den abgelaufenen Monaten ausreichend gewesen sei, verschieden. Wenn man diese Frage klären wolle, so habe man dabei eine ganze Reihe von Faktoren zu berücksichtigen. Auch die Sozialrenten, so erklärte der Minister weiter, hätten in letzter Zeit eine teilweise beträchtliche Erhöhung erfahren, und zwar in einem solchen Umfange, daß die Beitragskraft der Versicherten und der Unternehmer wie auch die Leistungsfähigkeit des Reiches äußerst angespannt worden sei.

Das Gesamtaufkommen an Beiträgen und Zuschüssen in der Sozialversicherung habe in diesem Jahre eine Höhe von 3,5 Milliarden gegen etwa 1,4 Milliarden im Jahre 1913 erreicht.

Der Reichszuschuß sei gegenüber der Vorkriegszeit auf das Fünffache gestiegen. Auch die Bezüge der Angestellten hätten sich wesentlich verbessert, ebenso durch das Gesetz vom Jahre 1926 die knappschaftlichen Leistungen. Nach Aufbesserung der Versicherten hätten die Beiträge eine Grenze erreicht, die nicht mehr überschritten werden dürfe. Auf die Bezüge der Fürsorgeempfänger habe die Reichsregierung nur ein beschränkter Einfluß zu, da die Durchführung der öffentlichen Fürsorge Sache der Länder sei. Die Reichsregierung habe getan, was möglich sei. Auch für die Kleinrentner seien die im Ausschuß angekündigten Hilfsmaßnahmen bereits eingeleitet.

Der Minister verwies weiter auf die Verbesserung der Bezüge der Kriegsbeschädigten, die gegenwärtig im Ausschuß beraten werde. Er ging dann auf den Kampffond ein, der kürzlich von der Schwerindustrie gegründet worden sei, und betonte, daß Rüstungen für evtl. Arbeitskämpfe ein Recht seien, das ebensowenig bestritten werden könne, wie der Arbeitskampf selber. Zum Schluß erklärte

der Minister, die deutsche Sozialpolitik habe trotz der ungeheuren Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in wenigen Jahren Leistungen vollbracht, welche die Taten von Jahrzehnten der Vorkriegszeit weit übertreffen.

Es war nicht zum wenigsten die deutsche Sozialpolitik, welche uns vor schweren Erschütterungen des Wirtschafts- und Staatslebens im letzten Jahrzehnt bewahrt und damit den deutschen Wiederaufbau ermöglicht hat.

Abg. **Wademacher** (D.-N.) erklärt, bei Durchsicht der sozialdemokratischen Interpellation habe man den Eindruck, daß hier unbekümmert um alle systematischen Zusammenhänge lediglich all die Schlagworte, die in der Welt herumschwirren, zusammengefaßt worden seien.

Die Sozialdemokratie wolle den hemmungslosen Zustrom ausländischen Kapitals, damit dadurch bei uns selbst möglichst viel zerschlagen werde.

Wenn wir auch früher, so erklärte der Redner, mit Dr. Schacht nicht immer einverstanden waren, **so stehen wir doch hinter dem Reichsbankpräsidenten in seinem Kampfe um die Stabilität der Währung, auch in seinem Kampf gegen die Städte und die von ihnen erstrebte Sozialisierung hintenrum.** Die Regierung muß alle Ansprüche, die nicht ihre Stütze in Verträgen finden, mit allem Nachdruck zurückweisen. In einer Schuldenwirtschaft liegen schwere Gefahren für die Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft. **Die gänzliche Beseitigung der Kapitalertragssteuer sei erforderlich, um die notwendige Bildung inländischen Kapitals zu erleichtern.**

Die **deutsche Landwirtschaft** werde von neuen Gefahren bedroht. Sie dürfe bei den deutsch-polnischen Verhandlungen nicht gefährdet werden. Die **deutsche Industrie** habe mit der Rationalisierung den Vorsprung eingeholt, den das Ausland vor ihr hatte. Die Einführung des von der Sozialdemokratie gewünschten Dreischichtensystems würde die Industrie sehr schädigen. Allein für die Vereinigten Stahlwerke würde der Mehraufwand 45 Prozent der bisherigen Lohnsumme ausmachen. **Da der Rationalisierung der Produktion die Rationalisierung des Absatzes folgen müsse, können wir die Kartelle und Syndikate nicht mehr entbehren.** Schon heute zeige sich, daß die Dawes-Last materiell und technisch nicht erfüllbar ist. Sein Urteil über die Interpellation der Sozialdemokraten zusammenfassend, erklärte der Redner, die Sozialdemokratie trage immer wieder Unruhe in das Volk, denn **eine zufriedene Arbeiterschaft sei der Tod der Sozialdemokratie. Darum stelle die Sozialdemokratie immer neue unerfüllbare Forderungen.** (Beifall rechts.)

Darauf werden die Verhandlungen auf Freitag nachmittag vertagt.

Gegen die Gewohnheitsverbrecher.

Die Sicherungsverwahrung im Ausschuß.

Berlin, 1. Dez. Der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform setzte seine Beratung bei den Paragraphen fort, die eine Sicherungsverwahrung von gewerbs- oder gewohnheitsmäßigen Verbrechern vorsehen. Von der Tatsache ausgehend, daß selbst die größten Strafen den vielfach vorbestraften Verbrecher nicht davon abbringen werden, alsbald nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus neue Beutezüge zu unternehmen oder neue Sittlichkeitsdelikte zu begehen, wird in dem neuen Entwurf der Standpunkt vertreten, daß diesem offenbaren Uebelstand nur durch Zulassung einer schweren Maßnahme vorgebeugt werden kann, die den Behörden das Recht gibt, den Verurteilten auch nach verbüßter Strafe solange in Verwahrung zu halten, als er eine Gefahr für die Allgemeinheit bildet. § 50 ermächtigt das Gericht, gegen den gefährlichen Gewohnheitsverbrecher auf Sicherungsverwahrung zu erkennen, knüpft aber diese Ermächtigung an eine Reihe von Voraussetzungen.

Regierungsdirektor Hagemann, Leiter der Berliner Kriminalpolizei und des preußischen Landeskriminalpolizeiamts, gab eine Darstellung des Gewohnheitsverbrechertums vom fachtechnischen kriminalistischen Standpunkt aus. Die Zahl der Gewohnheitsverbrecher ist an sich nur gering, aber sie sind die Ansteckungsherde für die junge Verbrecherwelt, der sie gewissermaßen als Vorbild und Schule dienen. Mit dem Gelegenheitsverbrecher werde man milder verfahren und ihn leichter bessern können, wenn die Gewohnheitsverbrecher ausgeschaltet werden. Zu einer Abstimmung kam es heute nicht.

Mieterfragen im Wohnungsausschuß.

Berlin, 1. Dez. Im Wohnungsausschuß des Reichstages sprach man sich darüber aus, ob ein verstärkter reichsgesetzlicher Schutz des Untermieters gegen einen rücksichtslosen Mieter notwendig oder überhaupt entbehrlich ist. Das Ergebnis war, daß es bei dem bestehenden Zustand bleibt. Weiter wurde erörtert, ob nicht Handhaben gegeben werden müßten, Hausbesitzer zu zwingen, notwendige Reparaturen in den Wohnungen vorzunehmen und Häuser vor dem Verfall zu bewahren. Der Mieter soll nach einem Antrage berechtigt werden, die Reparaturen eventuell selbst ausführen zu lassen und die Kosten bei der Miete abzuziehen oder aufzurechnen.

Perlmuttergläser
Zeiß, Busch, Rodenstock finden Sie zu Geschenkzwecken in größter Auswahl zu Original-Preisen bei
Brillen-Roettig
Prager Straße 25